

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

10. September 2019

- IG Metall:** Das Kapital droht der IG Metall mit Häuserkampf..... 2
- Gewerkschaftstag:** Her mit der 35-Stunden-Woche im Osten 3
- Oktoberfest-Terror:** Sollen die Hintergründe für immer im Dunklen bleiben?..... 6
- Fußball:** Schweres Foulspiel gegen antifaschistische Fußballfans 8



Kolleginnen und Kollegen kämpfen für Tarifvertrag

Bis zu 30 Prozent weniger Lohn! Der Streik der Kolleginnen und Kollegen bei Riva-Stahl in Trier und Horath geht in die elfte Woche. Solidarität ist gefragt!

Das Werk gehört zum italienischen Stahlkonzern Riva. Die Beschäftigten fordern einen Tarifvertrag mit besseren Löhnen. Ihre Löhne liegen 20 bis 30 Prozent unter dem Niveau der Metall-Tarifverträge. Doch das Riva-Management mauert weiter: Bei der Tarifverhandlung in Frankfurt am 5. August legten sie ein schlechteres Angebot als beim letzten Mal vor. Zudem lehnt das Management eine von der IG Metall angebotene Schlichtung rundweg ab.

„Mit einer Schlichtung wollten wir versuchen, einen tragfähigen Kompromiss zu suchen und den Arbeitskampf zu beenden“, erläutert Jörg Köhlinger, Bezirksleiter der IG Metall im Bezirk Mitte. „Angesichts der jetzt erfolgten Ablehnung durch die Geschäftsführung bleibt nur die unverminderte Fortsetzung des Streiks.“

Dabei macht Riva fette Gewinne. Die italienische Presse berichtet, dass sich der Nettogewinn im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr von 87 Millionen Euro auf 180

Millionen Euro erhöht hat.

Bei Riva/B.E.S in Brandenburg haben Beschäftigte und IG Metall Ende Juli mit drei ganztägigen Warnstreiks durchgesetzt, dass Riva den vollen Tarifabschluss der IG Metall für die Stahlindustrie Ost anerkennt: 3,7 Prozent mehr Lohn sowie eine zusätzliche tarifliche Urlaubsvergütung von 1.000 Euro im Jahr, die in freie Tage umgewandelt werden kann. Die Warnstreiks verursachten für Riva einen Verlust von 6,6 Millionen Euro. ■krr

Solidarität mit den Streikenden! Spenden für die Streikenden!

Solidaritätsmail an riva.streik@igmetall.de

Empfänger: KAB-Diözesanverband Trier | IBAN DE83 3706 0193 3002 3590 21 | Verwendungszweck: Soli-Konto Henningsdorfer

Kapital droht der IG Metall mit Häuserkampf

Kapitalisten-Präsident Dulger droht im Interview mit der Süddeutschen mit massenhaftem Austritt der Kapitalisten aus dem Flächentarifvertrag.

Der Präsident der Metall-Unternehmer Rainer Dulger klagt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (23. Juli 2019), dass die kleinen und mittleren Unternehmer unter der Last des Tarifvertrags „ächzen“. Er droht mit dem massenhaften Austritt der Kapitalisten aus dem Flächentarifvertrag!

Dabei hat der Kampf gegen den Flächentarifvertrag schon lange begonnen. Es war der Verband Gesamtmetall, der den Häuserkampf losgetreten hat! Blicken wir zurück ins Jahr 2005, als eine kapitalistische Krise die Metallindustrie erfasste. Die südwestdeutschen Kapitalisten, unter Führung der Autoindustrie, hatten die Offensive mit dem „Pforzheimer Abkommen“ gestartet. Mittels Öffnungsklauseln wurde ermöglicht, dass die Betriebsräte zu „Ergänzungstarifverträgen“ gepresst werden können. Das bedeutete vor allem unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit. Die IG Metall wich zurück. Die Folge war ein halbes Tausend derartiger betrieblicher Vereinbarungen. Die Betriebsräte mussten „im Haus“ kämpfen, aber ohne die Waffe, das Druckmittel des Streiks, nutzen zu können. Die Nachwirkungen sind noch heute spürbar, werden aber gewohnheitsmäßig von den Belegschaften hingenommen: Lohnkürzung bei Auflösung der 35-Stunden-Woche. Für die Kapitalisten bedeutete Pforzheim eine Pole-Position am Ausgang der Krise gegenüber der ausländischen Konkurrenz.

Tarifvertrag ist Waffenstillstand

Ein Tarifvertrag ist ursprünglich ein Waffenstillstandsvertrag zwischen den organisierten Arbeitern und den Unternehmern. Tarifverträge sind entstanden in Zeiten scharfen Klassenkampfes, als vor hundert Jahren der Sozialismus auf der Tagesordnung stand, machtvoll gefordert von der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften. Die Verträge mit dem Kapital hatten von Anfang an zwei Seiten: Die Gewerkschaft war als Verhandler anerkannt, gleichzeitig wurde sie eingehegt. Denn für eine bestimmte Zeit hatten die Kapitalisten Ruhe in der Bude, Friedenspflicht heißt das. Die Revolution war abgewendet.

Für die Arbeiter ist der Tarifvertrag die Sicherheit, – in den Grenzen des Kapitalismus – für gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu erhalten. Beschäftigte in kleinen Betrieben und solchen, die nicht streikfähig sind, erhalten den gleichen Lohn wie in großen, kampfstarken Betrieben einer Branche. (Im Sprachgebrauch der IG Metall heißt das heute C- bzw. A-Betriebe). Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander wird teilweise aufgehoben – das Prinzip der Solidarität wird hier materiell.

Der Dulger behauptet nun, die „mittleren Unternehmen können nicht mehr“. Ist nun die IG Metall schuld? Wahr ist, die mittleren und kleinen Kapitalisten werden von den großen Monopolisten an die Wand gedrückt. Die Monopolisten diktieren die Preise für die Zulieferer. Die großen Kon-

zerne können rationeller produzieren, die Lohnkosten schlagen weniger zu Buche. (Im Schnitt 20 Prozent des Preises, in der Autoindustrie ein einstelliger Prozentsatz!) Das ist der einzige Grund für das aktuelle „Ächzen“ bei den Autozulieferern.

Dulger fordert „Waffengleichheit“

Die einzige Waffe der organisierten Arbeiter in den Betrieben ist das Verweigern ihrer Arbeitskraft – der Streik. Dulger beschwert sich über die Tagesstreiks, die die IG Metall im letzten Tarifkampf erstmals eingesetzt hatte, wohlgermerkt in der Autoindustrie, die bis vor Kurzem vor lauter Kraft eh nicht laufen konnte. Haben die Kapitalisten keine Waffen? Da sie – kraft Eigentumstitel – über die Produktionsmittel verfügen, tut sich ihnen ein ganzes Waffenlager auf: Aussperrung (!), Kündigung, Verlagerung, Schließung – was immer auf Kosten der Arbeiter geht.

Dulgers Drohung vor der kommenden Metall-Tarifrunde muss so verstanden werden: Die Kapitalisten sind an einem Waffenstillstand nicht mehr interessiert!

Wenn die IG Metall ihre Waffe – den Streik – verrostet lässt, dann braucht es keinen Flächentarif mehr. Dann ist Ruhe in der Bude. Die Arbeiter können nur leben, wenn sie dem Kapital das Fürchten lehren. ■krr





Her mit der 35-Stunden-Woche im Osten!

Auf Draht dokumentiert Anträge an den 24. Gewerkschaftstag der IG Metall vom 6. bis 12. Oktober in Nürnberg.

35-Stunden-Woche Ost – Kampf-aufgabe der gesamten IG Metall!

Das verlangen sechs IGM-Geschäftsstellen in ihren Anträgen an den 24. Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg.

Sie wenden sich damit gegen die Aussage des IGM-Vorstands: „Sollte es nicht gelingen, zu einer Lösung in der Fläche zu kommen, werden wir dort, wo wir betrieblich handlungsfähig sind, nach schnellen Lösungen suchen.“ Mit den schnellen Lösungen ist der sogenannte Häuserkampf, der Kampf für Haustarifverträge, gemeint. Wobei dann jede Belegschaft sich ihre eigene Arbeitszeit erkämpft und die Gesamtorganisation - vielleicht abgesehen von einigen Solidaritätsaktionen, Resolutionen und anderes - zuschaut, wie das ausgeht. Nachdem die Verhandlungen mit den Ost-Kapitalverbänden nach dem 6. Gesprächstermin seit Ende Juni 2019 ausgesetzt sind (Auf Draht 16. Juni 2019), will der IGM-Vorstand vom Gewerkschaftstag beschließen lassen, dass es mit Häuserkampf weitergeht. Dagegen verfassten die oben erwähnten sechs IGM-Geschäftsstellen Anträge. Z.B. fordert die Geschäftsstelle Jena-Saalfeld:

„Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen: Der IG Metall-Vorstand, die Bezirksleitungen und Tarifkommissio-

nen werden aufgefordert, die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Tarifgebiete Ost, vor allem der Arbeitszeit, an die westdeutschen Tarifgebiete konsequent und mit Hochdruck voranzutreiben! Voraussetzung für die Durchsetzung dieser Forderung ist die systematische und konsequente Ausweitung der Tarifbindung in den östlichen Tarifgebieten. Voraussetzung für die Durchsetzung dieser Forderung ist die systematische und konsequente Erhöhung des Organisationsgrades in den Betrieben. Geeignete Ansprache, Materialien und Instrumente zur Mitgliedergewinnung am Thema Angleichung der Arbeitszeit sollen erstellt werden. Voraussetzung ist weiterhin die konsequente Solidarität innerhalb der gesamten IG Metall. Dazu gehört auch eine Öffentlichkeitskampagne innerhalb der IG Metall, dass es immer noch Unterschiede in den Tarifverträgen bei der Arbeitszeit gibt. Voraussetzung ist auch eine vom Vorstand und den Bezirken koordinierte Mobilisierung und koordinierte Vorgehensweise zur Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Dazu ist eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu entwickeln, die medienwirksam umgesetzt wird und dabei auch die sozialen Medien mit einbezieht. Es sollen Arbeits- und Informationsmateria-

lien zum Thema entwickelt werden.

Konferenzen, Veranstaltungen, Aktionen usw., mit ‚erfahrenen Kämpfern‘ in der Frage der Arbeitszeitverkürzung können den Kolleg*innen in den neuen Ländern helfen, das Ziel der Angleichung umzusetzen.“ (Antrag L4.032)

Ausweitung des Streikrechts!

Das ist gemeinsam mit zwei anderen die Forderung der IGM-Geschäftsstelle Ingolstadt an den Gewerkschaftstag. Die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Arbeitszeit Ost an die Bedingungen in den westlichen Bundesländern sind ohne gemeinsamen Kampf und Streik der IGM und der DGB-Gewerkschaften nicht zu haben. In diesem Sinne heißt es u.a. im Antrag der Ingolstädter Metaller: „... Die Tarifpolitik und das tarifliche Streikrecht allein können eine verfehlte und neoliberale Politik nicht ausgleichen. Die Gewerkschaften müssen ihre Kampfmittel auch auf den politischen Streik ausdehnen, um noch genügend Gegenmacht entfalten zu können. Das restriktive Streikrecht in Deutschland ist lediglich Richterrecht. Es gibt keinerlei gesetzliche oder verfassungsrechtliche Bestimmungen,

► Fortsetzung von Seite 3

Her mit der 35-Stunden-Woche im Osten!

die politische Streiks ausdrücklich verbieten. Innerhalb der 27 Staaten der Europäischen Union ist der politische Streik außer in Deutschland nur noch in England und Österreich qua Richterrecht als rechtswidrig eingestuft. Auch in diesen beiden Ländern ist nirgends ein Verbot festgeschrieben. In allen übrigen EU-Ländern ist der politische Streik durch die Verfassung oder ein Gesetz geregelt, durch entsprechende Rechtsprechung oder Tarifverträge rechtlich erlaubt und zulässig oder

zumindest politisch und richterrechtlich akzeptiert bzw. geduldet.

Die Begrenzung des Streikrechts auf das Tarifgeschehen, dazu noch die starke Einschränkung von Sympathiestreiks, selbst im tariflichen Zusammenhang, ist ein deutliches Defizit unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Darüber hinaus stehen die richterrechtlichen Illegalisierungen, Einschränkungen und Verbote im Widerspruch zu Artikel 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrech-

te der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation sowie Artikel 6 Absatz 4 der Europäischen Sozialcharta.

Der Europarat hat seit 1998 wiederholt gerügt, dass die Einschränkungen des deutschen Streikrechts eine Verletzung der Europäischen Sozialcharta darstellen ...“ (Antrag E2.125) ■ LJ



Hall of Fame, das ist die Ruhmeshalle der deutschen Wirtschaft. Geführt wird sie vom *Manager Magazin*. Ende Mai 2019 wurden mit einem Festakt im Schlosshotel Kronberg neue Mitglieder in die Ruhmeshalle aufgenommen. So die BMW-Großaktionäre Susanne Klatten und Stefan Quandt (siehe auch letzte Auf Draht) und mit ihnen **Bertold Huber**, 1. Vorsitzender der IG Metall von November 2007 bis November 2013. Er hat sich ums Kapital verdient gemacht. Unter anderem mit dem Ausspruch: „Ich habe immer für die Legalisierung der Leiharbeit als Flexibilisierungsinstrument gestritten.“ Dem hat er angefügt: „Ich bin der Meinung, dass wir das brauchen.“ Huber hat gegen die Beschlusslage der IG Metall gestritten. Die lautete mindestens bis Anfang der 1990er Jahre: „Wir sind der Meinung, wir brauchen kein Flexibilisierungsinstrument Leiharbeit. Deswegen fordert die IG Metall: Gesetzliches Verbot der Leiharbeit!“ (Info zur „Preisverleihung“, *manager magazin online*, 28. Mai 2019)

BMW wollte von der Bundesregierung 45 Mio. Euro an Subventionen für das Werk Leipzig (i3, i8). Die EU-Kommission genehmigte nur 17 Mio., worauf BMW klagte. Der EuGH hat nun zwar die Klage auf die volle Summe abgewiesen (Münchener Merkur, 30. Juli 2019), aber 17 Mio. sind immer noch zu viel. Sie schließen Krankenhäuser, aber blasen Zucker in den Arsch der Kapitalisten.

Traton, der LKW-Konzern aus VW, **MAN** und Scania, hat das Ergebnis für das 1. Halbjahr 2019 veröffentlicht. Der operative Gewinn (vor Steuern, wir sagen auch: Profit) beträgt 1,1 Mrd. Euro. (Münchener Merkur, 30. Juli 2019) Weltweit hat Traton 76.000 Beschäftigte. Davon ist ca. die Hälfte operativ, also in der Fertigung tätig. Dort, wo der Wert entsteht. Bei angenommenen 40.000 Arbeitern hat jeder etwa 27.000 Euro zum Profit beigetragen – im ersten Halbjahr.

Pflegenotstand bleibt

Mehr als 100.000 Bürgerinnen und Bürger hatten die Initiative des Volksbegehrens „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ unterschrieben. Das Volksbegehren wurde von einem breiten Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Vereinen unterstützt.



Die Zeitung der DKP, Unsere Zeit, sprach darüber am 9. August 2019 mit Stefan Jagel, einem der Initiatoren und stellvertretenden Beauftragten des Volksbegehrens. Das Gespräch mit ihm führte Werner Sarbok.

Was war die Kernforderung des Volksbegehrens?

Die Kernforderung war die Personalbemessung nach dem Bedarf. Sie sollte für alle Stationen und alle Bereiche gelten.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat das Volksbegehren gegen den Pflegenotstand in Krankenhäusern als unzulässig verworfen. Das hatte zuvor auch das Innenministerium entschieden. Wie hat die Justiz ihre Ablehnung begründet?

Begründet wurde die Ablehnung mit der gesetzgeberischen Veränderung durch das Personaluntergrenzengesetz ab dem 1. Januar 2019. Damit liege die Gesetzgebungskompetenz beim Bund.

Das Gericht vertrat die Auffassung, dieses Gesetz sei eine Personalbemessung, das Volksbegehren ebenfalls, was da quantitativ anders sei, sei keine juristische Bewertung, sondern eine methodische – daher habe das Verfassungsgericht über diese Frage nicht zu entscheiden.

Wie bewertet ihr die Ablehnung?

Auch wenn das juristisch so sein sollte: Politisch ist das dramatisch, weil durch die Untergrenzen in den Krankenhäusern der Personalnotstand festgeschrieben wird. Die Untergrenzen sind ja lediglich ein Mindestmaß und bei weitem nicht ausreichend.

Die Untergrenzen gelten nicht für alle Bereiche, es wird dazu führen, dass Personal nur in bestimmte Abteilungen umgeleitet wird, um dort die Untergrenzen einzuhalten. Häufig werden sie auch nicht eingehalten. Aus unserer Sicht sind Qualitätsstandards Aufgabe der Länder. Es wäre ja möglich, Qualitätsvorgaben in die Landeskrankenhauspläne einzuarbeiten. Doch das macht die Landesregierung nicht.

Hat eure Initiative dennoch etwas bewirkt?

Ja, unser Volksbegehren war nicht umsonst. Wir haben das Thema Pflege zu einem zentralen Thema in den letzten sechs Monaten in Bayern gemacht. Wir haben eine gute Öffentlichkeitsarbeit entwickelt und haben viel Solidarität von der Bevölkerung erfahren.



Was plant ihr für die Zukunft?

Wir diskutieren gerade, wie wir weitermachen. Einerseits wollen wir den Fokus auf die Auseinandersetzungen legen. Zum anderen haben wir im nächsten Jahr in Bayern Kommunalwahlen. In Bayern sind fast zwei Drittel aller Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft. Das bedeutet, dass wir dieses Thema sehr gut in den Kommunalwahlkampf einbringen können.

Sollen die Hintergründe für immer im Dunklen bleiben?

Das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980 ist bis heute nicht aufgeklärt. Beweismittel wurden 1997 vernichtet. Mehr Rolle spielen die Ermittlungsbehörden?



Es war kurz vor 22.30 Uhr, die Menschen drängten durch die Ausgänge nach Hause, als am 26. September 1980 eine Bombe beim Haupteingang explodierte. 12 Menschen und der Bombenleger wurden getötet, über 200 Menschen teils schwer verletzt und ein Leben lang gezeichnet.

Bis heute ist dieser größte Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1945 nicht wirklich aufgeklärt. Es war zwar bald bekannt, dass Gundolf Köhler die Bombe in den Papierkorb legte – ein Stu-

dent mit Verbindungen zur faschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Doch statt nun alles dafür zu tun, diese Wehrsportgruppe Hoffmann und ihre faschistischen Umtriebe zu durchleuchten und die Ermittlungen darauf zu konzentrieren, wurde schnell die These vom psychisch labilen Einzeltäter ausgegeben. Aussagen etlicher Zeugen, die Köhler vor dem Attentat mit anderen zusammen gesehen hatten, wurden zügig ad acta gelegt. Hinweise, dass Köhler durchaus nicht psychisch labil war, wurden ebenso wenig berücksichtigt

wie viele andere Indizien, die es höchst unwahrscheinlich machten, dass Köhler diese Tat allein geplant und durchgeführt hat. Doch bereits im Mai 1981 legte sich die Sonderkommission Theresienwiese der bayerischen Kriminalpolizei in ihrem Schlussvermerk an die Generalbundesanwaltschaft darauf fest, dass Köhler ein Einzeltäter war. Im November 1982 stellte auch die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen ein. Damals, so der Journalist Ulrich Chausy in einem Interview mit der taz, „glaubte außer den Ermittlern kein

- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mensch, der die Berichte gelesen hatte, mehr daran, dass Gundolf Köhler ... sich diese Tat allein ausgedacht, sie allein vorbereitet und ausgeführt hat“.¹

Politische Hintergründe

Doch warum? Sollten denn die staatlichen Organe einer sich demokratisch nennen Republik und schon gar der BRD mit ihrer Vergangenheit nicht höchstes Interesse haben, Machenschaften von Faschisten zu unterbinden, ihren Aufbau zu stoppen, sie unschädlich zu machen? Das hoffen immer noch viele Demokraten, doch die Wirklichkeit ist eine andere.

Das Attentat fand wenige Tage vor der Bundestagswahl statt, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) war Kanzlerkandidat der Unionsparteien. Strauß, unermüdlicher Gegner von Demokraten, Antifaschisten, Linken, hatte 1970 die CSU als „Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ ausgerufen. Offen faschistische Kräfte waren für ihn dabei Hilfstruppen.

„Man muss sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind ... mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein“.² Und so hatte er auch seine schützende Hand über die Wehrsportgruppe Hoffmann gehalten. Er war gegen deren Verbot, das der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) anstrenge und Anfang 1980 auch verfügte. „Man solle einen Mann, der sonntags auf dem Land im Kampfanzug spazieren geht, in Ruhe lassen“³, so Strauß. Dieses verbrecherische Attentat durfte also ganz einfach keine politischen Hintergründe haben, und entsprechend wurde im CSU-geführten Bayern ermittelt.

Die NSU-Morde und die Wiederaufnahme der Ermittlungen

Es ist dem Journalisten Chaussy, unterstützt von vielen Demokraten, zu verdanken, dass er gemeinsam mit dem Opferanwalt Werner Dietrich nicht aufhörte, all die Widersprüche und Seltsamkeiten bei diesen Ermittlungen zusammenzutragen, selbst zu recherchieren und die Ergebnisse der Öffentlichkeit bekannt zu machen.⁴ Mehrmals wurden auf dieser Grundlage Anträge auf Wiederaufnahme der Ermittlungen gestellt – und abgelehnt. Beweismittel, wie unzählige Zigarettenskippen unterschiedlicher Marken aus Köhlers Auto oder Reste einer Hand, die keinem der Opfer zuzuordnen waren, sind bereits 1997 vernichtet worden. Eine spätere DNA-technische Untersuchung war damit nicht mehr möglich. Hinweise in den Akten der Staatssicherheit der DDR auf Verwicklungen der westdeutschen Geheimdienste wurden mit dem Hinweis auf Geheimhaltungspflichten beschieden.

Doch Ende 2014 endlich hatte RA Dietrich Erfolg, die Ermittlungen wurden wieder aufgenommen. Hintergrund dafür

war die Ungeheuerlichkeit der NSU-Morde, die Ungeheuerlichkeit des Verhaltens von Polizei und Geheimdiensten dabei: Jahrelang konnten Faschisten Menschen mit überwiegend türkischer Herkunft am helllichten Tag ermorden, ohne dass überhaupt im faschistischen Milieu nach den Mördern gesucht wurde. Stattdessen wurden die Familien der Ermordeten drangsaliiert und diskriminiert, wurde behauptet, die Täter seien in ihren Reihen zu suchen. Der rassistisch verhetzende Begriff von den „Dönermorden“ machte in den Medien die Runde. Der so bedrückenden Offensichtlichkeit, dass Organe dieses Staates nicht nur auf dem rechten Auge blind, sondern aktiver Teil dieser Rechtsentwicklung sind, sollte etwas entgegengesetzt werden. „Wären all die Probleme, die beim NSU eine Rolle spielten, seit dem Oktoberfestattentat bereits durchdacht gewesen, hätten diese Morde vielleicht nicht in dieser Art und Weise geschehen können“ meinte Chaussy kurz vor der Wiederaufnahme.⁵

Fünf Jahre später: Aufklärung „scheint nicht gewollt zu sein“

Doch daran bestand offensichtlich nicht nur damals kein Interesse der damit befassten Behörden, sondern auch heute nicht. Im Mai 2019 meldeten die Medien, die Ermittlungen seien kurz vor der Einstellung. Ob es tatsächlich so kommt, wissen wir nicht. Doch es ist zu befürchten, dass Ulrich Chaussy Recht hat, wenn er am Schluss des Interviews mit der taz auf die Frage, ob er denn noch etwas erwarte, antwortet: „Ich weiß zu wenig über den Stand der Ermittlungen. Aber ich bin pessimistisch, dass die Soko in München die damals geführte Ermittlung tatsächlich kritisch durchleuchten könnte. ... Dabei wäre es aus meiner Sicht ein möglicher Schlüssel zur Aufklärung der Tat, wenn man die Aktivitäten und Unterlassungen der ursprünglichen Ermittler mal gründlich beleuchten würde: Wer hat da was und warum gemacht beziehungsweise unterlassen? Ich bin sicher, das würde uns weiterhelfen. Aber das scheint nicht gewollt zu sein.“⁶ ■ gr

1 taz, 16. Juli 2019; <https://taz.de/Journalist-ueber-Oktoberfestattentat/!5607365/>

2 Der Spiegel, 16. März 1970; <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45197600.html>

3 Zitiert nach Ullrich Chaussy in dem obigen Interview

4 Ullrich Chaussy in seinem Buch „Oktoberfest – Das Attentat: Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“. Seine Recherchen sind auch Grundlage des 2014 erschienenen Spielfilms „Der blinde Fleck“

5 telepolis, 26. September 2014

6 <https://www.heise.de/tp/features/Ullrich-Chaussy-ueber-das-Oktoberfest-Attentat-und-die-NSU-Mordserie-3367546.html?seite=all>

Was bleibt, nachdem der Tatort aufgeräumt ist und die Toten beerdigt sind?

München wurde zu oft zum Schauplatz rechtsextremen Terrors: am **26.09.2019** werden wir den Toten und Überlebenden des Attentates auf das Oktoberfest gedenken.

Im Mittelpunkt des Gedenkens

soll dieses Jahr das Ermittlungsverfahren stehen.

Wir fragen:

Wo stehen wir im Verfahren?
Welche Fehler wurden gemacht?

Ist der Ermittlungsauftrag schon abgearbeitet?
Muss das Verfahren ohne Ergebnis eingestellt werden?

Wir laden ein zur Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung

Grußwort: Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

Hauptredner: Ulrich Chaussy, Journalist und Autor

Ort: Mahmal am Haupteingang zur Theresienwiese

Zeit: Donnerstag, 26. September 2019, 09:30 Uhr

– Die Veranstaltung wird in Kooperation und Beratung mit dem Kulturreferat München durchgeführt –

Diese Veranstaltung wird gefördert von der
 Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

Ein Leserbrief an die *junge Welt*:
„Hallo, in der eben laufenden Nachrichtensendung „Logo“ wurde über das Festhalten eines britischen Tankers durch den Iran berichtet, aber ohne ein Wort darüber zu berichten, dass die Briten vorher ein iranisches Schiff bei Gibraltar gekapert haben. Warum diese Unausgewogenheit? So was nenne ich Manipulation von Kindern!
Mit freundlichen Grüßen, N.N.“

Gruppenabende der DKP

Gruppe Nord-West Egelhofer
11. September | 19 Uhr

Gruppe Süd-Ost Olga Benario
18. September | 19 Uhr

Gruppe Nord-West Egelhofer
25. September | 19 Uhr

alle Gruppenabende finden statt im
KommTreff | Holzapfelstr. 3 | 80339 München

Besucher herzlich willkommen!

AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Schweres Foulspiel gegen antifaschistische Fußballfans

Fußball ist die Leidenschaft von Millionen Menschen. Hunderttausende spielen in den Kreis- und Bezirksligen selbst. Fußball, der sportliche Wettkampf, kann Spaß machen.



Fußball kann Spaß machen, wenn da nicht die Nazis wären. Blicken wir zurück auf die noch junge Saison. Chemnitz und sein FC sind in aller Munde. Antisemitische und faschistische Parolen sind dort an der Tagesordnung. Selbst eigene Funktionäre werden übelst angegangen wie der Geschäftsführer des Klubs, Thomas Sobotzik, ein früherer Fußballprofi, der im polnischen Gliwice geboren wurde. Beim Auswärtsspiel in München beim FCB II wurde er als „Judensau“ beschimpft, wohl auch deshalb, weil der CFC kurz zuvor den Spieler Daniel Frahn suspendierte, nachdem dieser sich wiederholt mit den Nazihoodligans solidarisch zeigte. Doch Chemnitz ist da nicht allein. Landauf, landab tummeln sich Nazis in den Fan-
kurven.

Fußball kann Spaß machen, wenn da nicht die Kapitalisten wären. Ihre (über-)flüssigen Millionen pumpen sie in die Klubs dieser Welt in der Hoffnung, Ruhm und noch mehr Geld zu bekommen. Irrsinnige TV-Gelder machen es möglich, der Stadionbesucher hat als Stimmungskulisse zu dienen. Bei meinem Lieblingsklub, den Sechzern, ist 2011 ein Mann eingestiegen, Hasan Ismaik, der als Milliardär aus dem Morgenland angekündigt wurde und, wengleich meilenweit davon entfernt, ein Scheich zu sein, als Scheich bejubelt oder als machtbessener Hasardeur abgelehnt wird. Viele Geschichten ließen sich über diesen im wahrsten Sinne des Wortes „Elefanten im Porzellanladen“ erzählen, doch der notwendige Platz würde diese Ausgabe der Auf Draht sprengen.

Geradezu skurril sind jedoch die Vorfälle vor der letzten Mitgliederversammlung der Sechzger. Ismaik und seine Unterstützer wollten unbedingt die Wahl des von der Mehrheit der Mitglieder unterstützten Robert Reisinger zum Präsidenten verhindern und starteten eine Schmutzkampagne sondergleichen. Ziel unter anderem: Die Löwenfans gegen rechts. Diese Faniniti-

ative, die schon den „Münchener Bürgerpreis für Demokratie – gegen Vergessen“ oder den Julius-Hirsch-Preis des DFB für ihre Arbeit gegen Faschismus, Antisemitismus und Homophobie gewonnen hat, besteht aus Fußballliebhabern alten Schlages. Sie positionierten sich auch klar gegen die den Verein spaltende Kampagne von Ismaik. Ein T-Shirt der Löwenfans ge-

gen rechts sorgte für erheblichen Wirbel. „Verdammt ich lieb Dich!“ neben einem Löwenlogo, „Dich lieb´ ich nicht!“ neben dem durchgestrichenen Konterfei des Hasan Ismaik führte zu einer regelrechten Hasskampagne, angeführt von einem Blog namens *Die Blaue 24*. Das übliche Repertoire wurde ausgepackt. Als rot lackierte Faschisten und Rassisten wurde die Initiative übelst beschimpft.



Den Bock schießt jedoch die im Besitz von Ismaik befindliche Merchandising-GmbH ab. Von Anfang an haben die Löwenfans gegen rechts das Vereinslogo verwendet, ohne das dies jemals beanstandet wurde. Nun meldet *BR24* dazu am 18. Juli: „Der Verein nennt dieses Motiv diskriminierend und respektlos und habe eine ‚sehr politisch aktive Fan-Initiative darauf aufmerksam gemacht, dass es untersagt ist, T-Shirts mit dem 1860-Logo, die noch dazu mit dem durchgestrichenen Konterfei von Hasan Ismaik produziert wurden, zu verkaufen‘.“ Eine Unterlassungsklage folgt hinterher: 250.000 Euro sind bei Wiederholung fällig, ganz nach dem Motto: Wer nicht mundtot zu kriegen ist, wird finanziell vernichtet. ■RW



Hasan Ismaik

Schattenmann aus Abu Dhabi: „Hinter dem neuen starken Mann beim Fußball-Zweitligisten 1860 München, dem Investor Hasan Ismaik, taucht einer der einflussreichsten Finanziers der Vereinigten Arabischen Emirate auf: Mohamed al-Husseini, 48, Chef des milliardenschweren abu-dhabischen Staatsfonds Aabar. Husseini hat sich mit zehn Prozent an der Sportvermarktungsagentur H. I. Squared International beteiligt, die Anfang Juni gegründet wurde und die nun den Münchner Traditionsclub vermarktet. Die restlichen 90 Prozent an der H. I. Squared gehören Ismaik und dessen Münchner Statthalter Hamada Iraki, einem Unicredit-Banker. Husseini, der bei den wochenlangen Verhandlungen Ismaiks um einen Einstieg bei den Löwen immer wieder an dessen Seite erschien, ist als Investor ein Global Player.“ (Spiegel Online, 25. Juli 2011)

Wohl wahr ...

- ... wenn Du Dir 50 € leihst und nicht zurückzahlst, bist Du ein elender Schnorrer.
- ... wenn Du von Deiner Bank 5.000 € leihst und nicht zurückzahlst, bist Du ein kleiner Betrüger.
- ... wenn Du von Anlegern 5 Millionen leihst, bist Du ein angesehener Geschäftsmann.
- ... wenn Du 5 Milliarden Steuergelder verzockst, bist Du ein ehrenwerter Politiker.
- ... wenn Du 6,7 Millionen verschiebst, bist Du ein FIFA-Funktionär aus Obergiesing.